

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telex: 886 648 ppbn  
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

## Inhalt

Rudolf Dreßler MdB, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, zur Rekordarbeitslosigkeit zur Jahreswende: muß der Bundesregierung die Schamröte ins Gesicht treiben. Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein MdB warnt vor weiteren irreparablen Fehlern beim Ausbau der Wasserwege: Die Schiffe den Flüssen anpassen, nicht umgekehrt. Seite 2

Otto Reschke MdB, Wohnungsbauexperte der SPD-Bundestagsfraktion, fordert eine aufkommensneutrale Reform der Bodensteuern: Nicht zur Sanierung des leeren Haushaltssäckels mißbrauchen. Seite 3

Hilrich Kuessner MdB beklagt den Versuch die Treuhandnachfolge am Parlament vorbei zu mauscheln. Seite 4

**Neue Adresse seit 1.1.1994**  
Schumannstr. 2b  
53113 Bonn  
Postfach 190167  
53037 Bonn

48. Jahrgang / 3

5. Januar 1994

### Menschenkette vom Nordkap bis Sizilien! Bundesregierung setzt bei Arbeitslosigkeit auf Abnutzung des öffentlichen Erschreckens

Von Rudolf Dreßler MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Bereits seit Anfang dieser Legislaturperiode eilt die Bundesrepublik von einem Arbeitslosigkeitsrekord zum nächsten. Die bloße Zahl von 3,68 Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen müßte dieser Bundesregierung die Schamesröte ins Gesicht treiben. Weiß doch jeder, daß hinter dieser sorgsam heruntermanipulierten Zahl noch weitere Millionen Menschen stehen, denen in unserer Arbeitsgesellschaft der Zugang zu einer sinnvollen Tätigkeit verwehrt wird. An Worten der Sorge über dieses Ergebnis ihrer Politik lassen es weder der Bundeskanzler, noch sein Bundesarbeitsminister und dessen oberster Arbeitslosigkeitsverwalter in Nürnberg fehlen. Allein an Taten, zum Beispiel diesem Skandal endlich durch einen Beschäftigungspakt der gesamten Gesellschaft abzuwehren, mangelt es völlig.

Der FDP-Bundeswirtschaftsminister betet jeden Morgen sein Sätzchen davon, daß die Wirtschaft in der Wirtschaft gemacht werde und der Chor der Wirtschaftsaguren der Koalitionsparteien singt als Refrain die Worte Lohnsenkung, Sozialabbau und neue Bescheidenheit (natürlich nur für die eh schon Armen) dazu. Diese Taten- und Erfolglosigkeit der Regierung Kohl bringt das Gesamtgefüge unserer demokratischen Institutionen in Verruf. Diese Regierung setzt auf Abnutzung des öffentlichen Erschreckens über die für den normalen Bürger überhaupt nicht mehr faßbaren Zahlen.

Würden alle offiziell registrierten Arbeitslosen in Deutschland eine Menschenkette bilden, sie würde ungefähr vom Nordkap im Norden Norwegens bis zur Südspitze Siziliens reichen.

(-/5. Januar 1994 / hgs/fr)

\*\*\*\*\*

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn  
Postfach 1204 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Vertriebspartner  
des Sozialdemokratischen  
Pressedienstes



**Hochwasser - die nächsten Fehler sind schon vorprogrammiert**  
**Töpfer soll nicht nur in New York reden - er soll zu Hause handeln**

**Von Dr. Liesel Hartenstein MdB**  
**Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und**  
**Reaktorsicherheit**

Die Einsicht von Bundesumweltminister Töpfer kommt reichlich spät: Eine Kehrtwende in der Landschaftspolitik und eine Wiederherstellung natürlicher Überschwemmungsgebiete seien erforderlich. Das ist richtig, aber abgesehen davon, daß der Minister kein Konzept dafür liefert, muß festgehalten werden: In der Vergangenheit sind, trotz aller Warnungen von Fachleuten und Umweltschützern, (und nicht nur während Töpfers Amtszeit) gewaltige Fehler gemacht worden, durch bedenkenlose Flächenversiegelung, Flußbegradigungen, Uferbebauung und Flurbereinigung. Schon vor Jahren kritisierte der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), daß allein aus Mitteln des Grünen Plans innerhalb eines Jahrzehnts 25.000 Kilometer Bäche und Flüsse begradigt worden seien. In der Regel erhöht sich durch Begradigungen die Fließgeschwindigkeit des Wassers um mehr als das Doppelte.

Die Bundesregierung hat aber ihre Lektion nicht gelernt. Bereits beschlossene Pläne und Projekte, insbesondere im Bundesverkehrswegeplan, werden die Situation eher noch verschlimmern:

1. Beispiel: - das beschlossene Projekt 17 (Verkehrsprojekte Deutsche Einheit). Dabei sollen mit einem Aufwand von vier Milliarden DM die Wasserwege zwischen Elbe und Oder kanalisiert beziehungsweise dem sogenannten EG-Schubverband (3.500 t, 185 m Länge) angepaßt werden. Bedroht ist damit unter anderem auch die untere Havel, ein Flachlandfluß mit noch naturbelassenen Überschwemmungsaue und einem international anerkannten Vogelschutzgebiet. Außerdem Trinkwasserreservoir für eine halbe Million Menschen.
2. Beispiel: - der Donau-Ausbau zwischen Straubing und Vilshofen. Er wird riesige Auwälder vernichten und den Strom auf 70 km Länge in ein Kanalbett zwingen. Kostenpunkt 1,8 Milliarden DM. So beschlossen. Das Raumordnungsverfahren ist bereits eingeleitet.
3. Beispiel: - Ausbau der mittleren Elbe durch Staustufen oberhalb von Magdeburg. Mit diesem Projekt würde das UNESCO-Biosphärenreservat "Mittlere Elbe", welches das größte Auenwaldgebiet in Zentraleuropa umfaßt, rettungslos vernichtet. So geplant, wenngleich noch nicht beschlossen.

Alle diese Projekte bringen Umweltzerstörungen größten Ausmaßes mit sich, vervielfachen die Hochwassergefahr und sind ökonomisch von höchst fragwürdigem Nutzen. Wer heute über die Fehler der Vergangenheit lamentiert, vergißt Krokodilstränen, wenn er gleichzeitig dieselben Fehler in die Zukunft hinein fortschreibt.

Die SPD fordert:

- Renaturierung der Flußauen und Überschwemmungsgebiete, soweit irgend möglich
- Erhaltung noch naturnaher Flußräume, in den alten und neuen Ländern
- Stop neuer Großprojekte im Wasserstraßenbau und gründliche Überprüfung des Bundesverkehrswegeplanes
- Anpassung der Schiffe an die Flüsse, nicht umgekehrt.

Umweltminister Töpfer forderte in seiner Rede vor den Vereinten Nationen in New York vehement ein "neues Denken", er kann es zu Hause beweisen und in die Tat umsetzen.

(-/5. Januar 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*

## Bodenreform nicht zur Haushaltserlöserung mißbrauchen

Von Otto Reacke MdB

Sprecher der Projekt-Arbeitsgruppe "Änderung der Besteuerung von Grundstücken und Gebäuden" der SPD-Bundestagsfraktion

In letzter Zeit häufen sich die Stimmen, die eine Erhöhung der Grundsteuer als ein Instrument zur Finanzierung des Wohnungsbaus in kommunaler Verantwortung ansehen. Bei Beibehaltung des derzeitigen Systems wird sich die Grundsteuer zwangsläufig nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Einheitsbewertung des Grundvermögens in der Bundesrepublik erhöhen, da die Einheitswerte nicht den Verkehrswerten entsprechen. Dies führt bei der Erbschaft-, Schenkung- und Vermögensteuer zu einem verfassungswidrigen Zustand, weil Geld- und Sachvermögen unterschiedlich besteuert werden.

Für die Grundsteuer gilt dieses jedoch nicht. Sie ist eine Steuer, die den Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben dient und nur einen wie auch immer gearteten "Verteilungsschlüssel" braucht - zur Zeit ist der Einheitswert ein Faktor von dreien. Die Grundsteuer ist eine Äquivalenzsteuer für die Gemeinden und keine operative Verfügungsmasse von Sozial- oder Finanzpolitikern.

Vor diesem Hintergrund ist eine Reform der boden- und damit auch einheitswertabhängigen Steuern dringend geboten. Diese Reform muß aber aufkommensneutral durchgeführt werden. Eine zusätzliche Belastung des Gutes "Wohnen" mit erhöhten Bodensteuern für den Wohnungsneubau führt nicht zu dem gewünschten Ergebnis, schon gar nicht zu einer Belebung des Baumarktes, oder ein Mehr an fertiggestellten Wohneinheiten. Denkbar allein ist eine gezielte Besteuerung von baureifen unbebauten Grundstücken zur Baulandmobilisierung. Das Horten von Grundstücken, die bebaut werden könnten darf nicht steuerlich privilegiert werden, sondern es gehört sanktioniert!

Planungsgewinne müssen der Allgemeinheit zufließen und gehören nicht privatisiert. Dies kann wiederum dem Wohnungsbau zu Gute kommen, indem die Kommunen wieder in die Lage versetzt werden, Erschließungsmaßnahmen zu finanzieren, vom Kindergarten bis zur Schule.

Ich kann nur davor warnen, die Diskussion um die Bodensteuerreform dazu zu benutzen, die leeren Haushaltssäckel füllen zu wollen. Dies ist ein falscher Diskussionsansatz, der nur das Reformvorhaben gefährdet.

Der Wohnungsneubau kann und darf nicht über eine Grundsteuererhöhung finanziert werden. Wir müssen uns zur Wohnungsbauförderung andere Finanzierungsgrundlagen einfallen lassen. Zu denken ist dabei sicherlich an eine Zweckbindung der Bundesbankgewinne oder die Ausgabe von Sozialpfandbriefen neben dem Umbau der steuerlichen Förderung des Wohnungsbaus.

(-/5. Januar 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Trübes Kapitel Treuhandfinanzen**

**Soll Treuhandnachfolge am Parlament vorbei gemauschelt werden?**

Von Hinrich Kuesener MdB

**Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion im 2. Untersuchungsausschuß (Treuhandanstalt)**

Der Verwaltungsrat der Treuhandanstalt hat beschlossen, daß eine Vertrags-Reprivatisierungs- und Abwicklungs-Management GmbH (VRA) möglichst zum 1. März 1994 mit mindestens 25 Prozent privatem Kapital gegründet werden soll. Wer beschließt so etwas in Deutschland: der Verwaltungsrat, die Bundesregierung oder das Parlament?

Staatssekretär Dr. Grünewald hat im Treuhandausschuß am 1. Oktober 1993 erklärt, daß das Parlament auf die konzeptionelle Entwicklung und Ausgestaltung der Treuhandnachfolge Einfluß nehmen wird. Dies wurde von Staatssekretär Echtermach in der Fragestunde des Deutschen Bundestages wiederholt. Im Bundestag soll ein Gesetz zur Treuhandnachfolge verabschiedet werden. Jetzt hat der Verwaltungsrat aber den Beschluß gefaßt. Und damit hat das Parlament wieder einmal das Nachsehen.

Wird hier selbst der Bundesfinanzminister ausgeschaltet? Im Treuhanduntersuchungsausschuß haben wir inzwischen mehrfach erlebt, daß das Verhältnis Treuhandanstalt und Bundesfinanzministerium nicht eindeutig geklärt ist. Zeigt sich hier, daß das Bundesfinanzministerium nur vollzieht, was der Verwaltungsrat der Treuhandanstalt beschließt? Und ist die Treuhandanstalt inzwischen der Meinung, daß sie auch dem Parlament die Vorgaben zu machen hat?

Die inhaltlichen Entscheidungen sind aber viel zu schwerwiegend, als daß man sich an dieser Frage aufhalten kann. Gegen eine privatwirtschaftlich organisierte Gesellschaft gab es im Treuhandausschuß bei Vertretern aller Parteien Bedenken. Denn die Kontrolle der Privatisierungsverträge und der Grundstücksverkäufe aus Abwicklungen darf politischem Einfluß nicht entzogen werden. Ob die Kommunen und Länder in Ostdeutschland für ihre wirtschaftliche Entwicklung auf Grundstücke zu in der Region akzeptablen Bedingungen zurückgreifen können, muß politisch und nicht allein privatwirtschaftlich entschieden werden. Es geht dabei um viel Geld des Steuerzahlers. Und da darf das Parlament seine Verantwortung nicht aus der Hand geben.

Bisher hat die Bundesregierung dem Parlament keine Kostenrechnung für die Nachfolgeorganisation der Treuhandanstalt vorgelegt. Will Herr Waigel sich ein weiteres Luftloch zur Verschleierung der Bundesfinanzdefizite schaffen? Denn allein die Personalkosten für die VRA sind gewaltig bei über 1.000 gut verdienenden ehemaligen Treuhandmitarbeitern, die übernommen werden sollen.

Wenn man sich genauer mit der Materie Treuhandanstalt befaßt, entdeckt man immer neue künftige Fehlbeträge. Vor dem Untersuchungsausschuß Treuhandanstalt bekannte Herr Hornes, zuständig für Finanzen im Treuhandvorstand, daß 15 Milliarden DM Altschulden aus Abwicklungen außerhalb der Treuhandfinanzen geplant werden. Sie landen direkt bei der Deutschen Kreditbank und kommen von dort in den sogenannten "Erblastfonds". Wieviel Altschulden dort schon geparkt sind, konnte Herr Hornes nicht sagen. Er will dies dem Ausschuß nachreichen. Aber beim Zählen der Schulden sind die Treuhandanstalt und ihr Auftraggeber Herr Waigel nicht sehr schnell.

Oder am 21. Januar 1993 erklärte das Bundesfinanzministerium im Treuhandausschuß, daß die Stilllegung der Kernkraftwerke in Lubmin bei Greifswald und in Stendal 12 bis 15 Milliarden DM kosten wird. Elf Monate später soll das gleiche Vorhaben nur noch fünf Milliarden DM kosten. Spart Herr Waigel hier zehn Milliarden DM für Wahlkampfaussagen?

Es zeigt sich immer wieder, wie wichtig ein Treuhanduntersuchungsausschuß ist.

(-/5. Januar 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*